

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

9.5.1849 (No. 109)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. Mai.

N. 109.

Voranzahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzahlungsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 7. Mai. Zu Anfang der Sitzung zeigt das Präsidium den Austritt von 13 Bayern (v. Beisler, Obermüller, Kysander, v. Wulffen, Raffault, Phillips u.) und zwei Preußen (Engel und Graf Schwerin) an.

Ministerpräsident v. Gagern verkündigt, daß wegen bekannter neuerer Ereignisse v. Wagners als Reichskommissar nach Sachsen, Eisenhütten als solcher nach der Pfalz geschickt worden sey.

Justizminister Mohl erklärt zur Antwort auf eine frühere Zwischenfrage, daß das Gesetz vom 8. Januar, die Spielbanken betreffend, mit Ausnahme Homburgs überall in Deutschland vollzogen sey, und daß im gegenwärtigen Augenblick Reichstruppen nach Homburg rücken, um jenem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Ehe man zur Tagesordnung schreitet, kündigt der Präsident das Einlaufen einer Masse von dringlichen Anträgen an; zunächst einen Antrag von Besen don d, lautend: Die Nationalversammlung beschließt: 1) sämtliche deutsche Truppen unter den Befehl eines von der Zentralgewalt zu ernennenden Oberkommandanten zu stellen; 2) sie haben sofort den Eid der Treue gegen die Reichsverfassung und die sie ausführende Reichsgewalt zu leisten; 3) Reichskommissare sind sofort in alle deutschen Lande und insbesondere in allen Truppentheilen abzusenden, um diesen und den Beschluß vom 4. Mai d. J. in Ausführung zu bringen.

Die Dringlichkeit wird von der Versammlung anerkannt. (Jubel auf den Gallerien.)

Heinrich v. Gagern verlangt das Wort. Meine Herren, ich habe für die Dringlichkeit gestimmt, aber nur um meine Gründe auseinander zu legen, warum ich die vorgeschlagene Maßregel für unzweckmäßig halte. Versagen Sie derselben ihre Billigung; der Reichs-Kriegsminister wird Ihnen Bericht über die militärischen Bedenken erstatten, warum die Sache unthunlich ist.

Reichs-Kriegsminister v. Meißner bestreitet die Rednerbühne. Meine Herren! Sämtliche deutsche Truppen sind auf ihre Fürsten bereidigt; nur durch die Fürsten können sie laut den bestehenden Rechten auf einen neuen Eid verpflichtet werden. Meine Herren, wenn Sie jene Maßregel gut heißen, werden Sie einen Keim der Zwietracht in die Reihen des deutschen Gesammtheeres hinein.

Simon von Trier: Meine Herren, ich gebe zu, daß es fehlerhaft wäre, unser Heer in Schleswig zu vereidigen, denn dasselbe beweist seine Treue durch die That; aber wollen wir das Ministerium Brandenburg stützen, so vermögen wir dies nur durch eine kühne That, welche einen Bruch im preussischen Heere nicht scheut.

Kieser aus Hamburg verlangt das Wort. Meine Herren, es ist die Nachricht hier angekommen, daß die Preußen mit Gewalt die rechtmäßige Bewegung in Sachsen unterdrückt hätten. Meine Herren, ist diese Nachricht wahr, so haben wir eine ganz andere Stellung, als bisher; aber ich möchte erst genau wissen, ob dieselbe Grund hat; warten wir so lange, bis wir Sicherheit erlangt haben werden.

Zimmermann aus Stuttgart verspottet die Rede Meißners und Gagerns. Beide Herren, sagt er, sprechen von fernen Möglichkeiten eines Bürgerkriegs. Meine Herren, was diese großen Staatsmänner fürchten, ist schon da. Jetzt heißt es: gehandelt, oder wir sind verloren.

Der Redner erklärt im Widerspruch gegen eine Aeußerung Meißners, Römer in Stuttgart habe gesagt, sobald er von Seiten der Zentralgewalt und des Reichstags den Befehl zur Vereidigung des Heeres in Händen habe, werde er denselben ohne Wanken vollstrecken.

Stavenhagen (preussischer Major): Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen etwas aus meinen militärischen Erfahrungen mittheile. Wenn Sie die beantragte Maßregel gut heißen, werden Sie das Heer nicht gewinnen, wohl aber auflösen und Deutschland in die tiefste Verwirrung stürzen. Weiter, meine Herren, wenn Sie glauben, das Ministerium Mantauffel durch den fraglichen Vorschlag zum Rücktritt zu nöthigen, so täuschen Sie sich gewaltig: Sie werden vielmehr dasselbe befestigen, weil sie den Stolz des preussischen Heeres auf die Seite dieser verhassten Männer hinüberziehen.

Wigard aus Leipzig: Hr. v. Gagern hat gesagt, man müsse dahin arbeiten, daß die öffentliche Meinung zum Durchbruche komme; meine Herren, das einzige Mittel, diesen Zweck zu erreichen, besteht darin, daß wir das Heer vereidigen; die Zeit, Adressen und zwecklose Schreibereien zu veranstalten, ist vorbei; man muß handeln.

Preussing aus Hannover rüth, mit Beziehung auf die besondern Verhältnisse seiner Heimath, daß man sich vor übereilten Maßregeln hüten, im Kreise des Gesetzes bleiben, und darum die Vereidigung unterlassen solle. (Gelächter auf allen Seiten.)

Bogt aus Gießen: Meine Herren! Der Vorredner hat Ihnen mit großer Naivetät gezeigt, wie das hannoversche Volk im Jahr 1837 um seine Verfassung betrogen worden ist; wenn Sie das nämliche Resultat wollen, so folgen Sie dem Rathe des Vorredners. Meine Herren, wir sind auf dem Punkte angelangt, wo ein zweifelhafter Freund schlimmer ist, als ein gewisser Feind. Wir müssen

uns scheiden. Meine Herren, wir sind von Verrath umgeben; ein württembergischer Minister hat gegen württembergische Abgeordnete erklärt, einen vom Träger der Zentralgewalt an den König von Württemberg geschriebenen Brief gelesen zu haben, worin dieser König aufgefordert wurde, auf dem Grundsätze der Vereinbarung zu verharren.

Neben stellt den Verbesserungsantrag, die Regierungen sämtlicher Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, aufzufordern, daß sie sofort Zivil- und Kriegsbeamte auf das Reich bereidigen sollten.

Heinrich v. Gagern verlangt abermals das Wort. Meine Herren! Es ist etwas Anderes, gegen auswärtige Feinde das Schwert zu ziehen, etwas Anderes, den Bürgerkrieg zu erklären.

Man laßt auf Seiten der Linken. Gagern fährt fort: Vuben lachen über so etwas Ungeheures. Sturm auf der Linken und den Gallerien. Präsident Simon ruft Gagern zur Ordnung und bedroht zugleich die Gallerien mit augenblicklicher Räumung, wenn sie ferner einen Laut von sich gäben.

Gagern bedauert, das Wort „Vube“ gebraucht zu haben und erklärt weiter: Der Reichskommissar in Sachsen sey beauftragt, einen letzten Versuch zu machen, ob die Verfassung im Frieden zur Anerkennung gebracht werden könne; nur dann, wenn dieser letzte Versuch misslingt, werde er weiter gehen, aber mit schwerem Herzen. Daß auf dieser Tribüne der Name des Reichsverweisers auf solche Weise, wie es Hr. Bogt gethan, genannt worden sey, könne er (Gagern) nur mißbilligen; eine Privatkorrespondenz gehöre nicht hieher. Würde man auf den gemachten Vorschlägen bestehen, so sey er bereit, zurückzutreten.

Besen don d als Antragsteller erhält das letzte Wort. Er tadelt Gagern, daß er im Augenblicke höchster Gefahr das Steuerruder fahren lassen wolle, und sucht dann zu zeigen, daß wir in einer Lage seyen, wo Nichts übrig bleibe, als Gewalt mit Gewalt abzutreiben.

Man schreitet zur Abstimmung. Es ist Namensaufruf verlangt. Erste Frage: Soll aus den vom Reichsministerium entwickelten Gründen dem Antrage Briegleb's gemäß zur motivirten Tagesordnung übergegangen werden? Ergebnis: 209 Ja, 140 Nein. Die Tagesordnung hat die Mehrheit; alle andern Vorschläge sind verworfen.

Vizepräsident Bauer zeigt an, daß noch eine Reihe dringlicher Anträge vorliege, u. a. einer von Moriz Mohl: die Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, möchten ihre Streitkräfte in Bereitschaft halten, damit sofort ein Heer bei Frankfurt zusammengezogen werden könne. Die Dringlichkeit wird verworfen.

Der Vizepräsident verliest eine Zuschrift der provisorischen Regierung Sachsens, worin dieselbe ihre Einsetzung anzeigt. Mit Bezug hierauf beantragt Hensel aus Sachsen, die Nationalversammlung wolle beschließen, daß sofort das Königreich Sachsen gegen preussische Angriffe durch Aufbietung eines Reichsheeres geschützt werde.

Wigard stellt einen ähnlichen dringlichen Antrag, in welchem insbesondere hervorgehoben wird, daß sofort die Reichstruppen aus Braunschweig und Thüringen zum Schutze Sachsens an die Gränze ziehen und im Nothfall den Preußen bewaffneten Widerstand leisten sollten.

Folgen weitere Anträge von Trüßler und Andern, welche neben bewaffneter Hilfe die Bildung von Freischaaeren anrathen.

Der Vizepräsident stellt die Frage, ob das Haus diese Anträge für dringlich erkennen wolle, oder nicht? Schon erheben sich Viele, als Gagern das Wort begehrt und das Haus warnt, ehe bestimmte Berichte des Reichskommissars vorliegen, einen Beschluß zu fassen.

Dieses aus Sachsen stürzt auf die Rednerbühne. Meine Herren, wenn Sie Sachsen nicht jetzt helfen, wird das Volk bald in ganz Deutschland sich von Ihnen abwenden.

Stürmische Beistimmung auf den Gallerien. Plathner verlangt, der Vizepräsident solle sich bedecken und die Sitzung schließen. Simon von Trier widerspricht und gibt zu verstehen, daß ein so gewaltthames Abbrechen schlimme Folgen haben könnte. Vizepräsident Bauer hilft sich dadurch, daß er die Sitzung auf eine halbe Stunde aussetzt. Das Haus leert sich.

Nachmittags-Sitzung.

In einem bittenden Tone ersucht Vizepräsident Bauer zu Anfang der Sitzung die Gallerien, doch hübsch ruhig zu bleiben, damit er nicht genöthigt werde, die Zuhörer auszuweisen.

Feger trägt darauf an, die Sitzung auf morgen zu versetzen; dieser Vorschlag erhält keine Mehrheit.

Ein anderer Antrag, unterfügt von Dahlmann, Simon und Andern, geht dahin, die heute Morgen gestellten Anträge dem Reichsministerium zu schleuniger Berücksichtigung zu überweisen.

Siron vertheidigt in Kürze den Antrag. Bieder mann aus Leipzig bringt zu dem von Hensel gestellten Antrag eine Aenderung in Vorschlag, welche jenem die Spigen abzuschleifen sucht.

Zimmermann aus Stuttgart: Meine Herren, ich will frisch meine Meinung sagen: wir sind in einer Lage, wo es Nichts mehr nützt, in der Weise des Hrn. v. Gagern von seiner Liebe zum Vaterland und von seinem Abscheu gegen Bürgerkrieg zu reden; Bajonette stößt man nicht mit Liebesversicherungen zurück, sondern mit Gewalt. Hr. v. Gagern möge die Streitkräfte der Länder, die unsere Verfassung anerkannt haben, hieher rufen, einen Kern des Widerstands bilden, und versichert seyn, daß tausende von tapfern Männern sich alsdann für uns erklären und für uns das Schwert ziehen werden. Hat Hr. v. Gagern hiezu den Muth nicht, nun, so trete er ab und mache uns Raum; wir sind entschlossen, die Rettung des Vaterlandes zu versuchen.

Erbe aus Sachsen mahnt gleichfalls zu räsigen und muthigen Maßregeln. Das sächsische Volk sey durch die Nationalversammlung in Todesgefahr hineingestürzt worden: — ihr liege ob, dieses Volk zu retten, sonst treffe sie der Vorwurf, wie das österreichische und preussische, so auch das sächsische Volk gemordet zu haben. (Ungeheurer Lärm, — des Mißfallens auf der Rechten, des Beifalls auf der Linken und den Gallerien.) Im Uebrigen wiederholt Erbe den Antrag Zimmermann's, das Steuerruder der Linken zu überlassen. Die Linke werde zu siegen oder zu sterben wissen. Schluß der Debatte. Man schreitet zur Abstimmung. An die Reihe kommt zuerst der Antrag von Siron und Genossen; derselbe erhält eine bedeutende Majorität.

Neuer dringlicher Antrag von Wedekind aus Hannover: Da das preussische Kabinett in seiner letzten Note die Gegenrevolution ausgesprochen habe, solle die Zentralgewalt diejenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung angenommen haben, zu einem Kongress einladen und inzwischen thunliche militärische Maßregeln ergreifen.

Die Dringlichkeit wird verworfen, dagegen ein Antrag auf Schluß der heutigen Sitzung gut geheissen. Linke und Gallerien verlassen das Haus unter dem tobenden Geschrei: Psui, Psui!

An die Bürgerwehren und sämtlichen Bürger des badischen Landes.

Die hiesige Bürgerwehr hat in einer heute abgehaltenen Versammlung die nachfolgenden Beschlüsse gefaßt. Wir theilen Euch dieselben mit dem Ersuchen mit, ähnliche Beschlüsse zum Schutze unserer bedrohten Reichsverfassung anzunehmen und zu vollziehen.

1) Die Regierung auf das dringendste zu ersuchen, daß sie sogleich nach dem Erscheinen der Reichsverfassung im Regierungsblatt die Vereidigung auf dieselbe gleich der auf die Landesverfassung vornehme.

2) Die Karlsruher Bürgerwehr ist bereit, die Reichsverfassung gegen jeden verfassungsverletzenden Angriff zu vertheidigen.

3) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert sämtliche Bürgerwehren des Landes auf, sich in demselben Sinne zu erklären und sich zum Einstehen für die Reichsverfassung bereit zu halten.

4) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert insbesondere die badische Regierung auf, bei der Zentralgewalt schleunigst die nöthigen Schritte zum Schutze des Nachbarlandes Rheinbayern, welches sich für die Reichsverfassung ausgesprochen, zu thun; namentlich wolle die Zentralgewalt feinerer Durchmärsche von Truppen solcher Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, nach Rheinbayern gestatten.

5) Die Karlsruher Bürgerwehr erläßt einen Aufruf an ihre Kameraden in Württemberg und Hessen, in derselben Weise das Ihrige zum Zweck der Aufrechthaltung der Reichsverfassung und insbesondere zum Schutze Rheinbayerns einzuleiten.

6) Mit dem Vollzuge dieser Beschlüsse ist der Gemeinderath und das Heerschaar-Kommando beauftragt.

Karlsruhe, den 7. Mai 1849.
Das Heerschaar-Kommando. Der Gemeinderath.
E. Gerber, Oberst. Malisch.

Wir ersuchen die Redaktionen der badischen Blätter, diesen Aufruf in Ihre Spalten aufzunehmen.

Der Aufstand in Sachsen.

Leipzig, 5. Mai, 1 Uhr Mittags. (Frankf. Z.) Hier ist die Nacht ruhig vergangen. Die gestern Abend von hier nach Dresden abgegangenen Hilsfschaaren sind glücklich nach Dresden gelangt. In Meisa trafen sie auf das von Zwickau gefommene Regiment Georg, 1000 Mann stark, das sie jedoch ruhig passiren ließ. Eine Strecke vor Dresden, bei Rigschenbroda, verließen sie dann die Eisenbahn, setzten über die Elbe, und erreichten so, mit Umgehung der Neustadt, die Altstadt auf dem linken Elbufer.

Von Plakaten, die im Laufe des gestrigen Abends noch hier bekannt wurden, nenne ich eines vom Magistrat, welcher von dem Gerücht, daß sich in Dresden eine provisorische Regierung gebildet, noch als solchem spricht und sich weitere Maßnahmen vorbehält. Das Kommando der Nationalgarde fordert zu freiwilligem Beitritt auf, und endlich macht noch der Vorstand des deutschen Vereins und des deutschen Vaterlandsvereins bekannt, daß sie sich von den übrigen

politischen Vereinen, da diese gegen die hiesige Kommunalgarde und die städtischen Behörden gewaltsam aufzutreten geneigt schienen, loslagten. Heute früh wird jedoch diese Losfagung widerrufen. Die Vereinigung fand noch in gestriger Nacht statt.

Leipzig, 6. Mai, Vormittags 11 Uhr. (D. P. A. 3.) Die Nacht ist, einige zwecklose Flintenschüsse in verschiedenen Stadttheilen abgerechnet, ohne Störung vorübergegangen. Heute Morgen führen mehrere hundert Freischärler aus kleineren sächsischen Städten, welche gestern Abend mit dem letzten bayrischen Bahnzug eingetroffen waren, nach Dresden. Von hier sind bis jetzt nicht mehr als etwa 600 Mann dahin gegangen.

Aus Dresden sind mit dem heutigen Frühzug die widersprechendsten Nachrichten eingetroffen, welche theils von einem Siege des Militärs, theils von siegreichem Vordringen des Volks, Erbeutung mehrerer Kanonen, Gefangennehmung des Prinzen von Dessau u. sprechen.

Ueber den wahren Charakter der Bewegung täusche man sich in Frankfurt nicht! Die Nichtanerkennung der Reichsverfassung von Seiten der Regierung bildete zwar für alle Parteien den Eingangspunkt und Ausgangspunkt; jetzt wird aber dieser Gesichtspunkt ausschließlich fast nur von den städtischen Behörden und dem deutschen Vereine festgehalten. Letzterer sah sich schon vorgestern genöthigt, aus dem gemeinsamen Ausschuss der hiesigen politischen Vereine auszutreten, indem dort von der Mehrheit Widerstand gegen die städtischen Behörden beschlossen wurde. Der demokratische Vaterlandsverein benützt die Aufregung zu republikanischen, der demokratische Verein und sein zahlreicher Anhang in den untern Volksklassen zu sozial-demokratischen Zwecken.

Privatbriefe aus Dresden versichern, daß dort die sozial-demokratischen Zwecke die Oberhand gewonnen, daß deshalb der größte Theil der Kommunalgarde sich von der Bewegung zurückgezogen habe, endlich die provisorische Regierung, zumal in der Neustadt-Dresden, keine Anerkennung finde. Eben so wird die Nachricht, daß 300 Mann vom Militär zum Volk übergegangen seyen, auf wenige einzelne Fälle zurückgeführt.

Dresden-Neustadt, 5. Mai. (S. W.) Die Nacht ist auf beiden Seiten ohne Feindseligkeiten vergangen. Am Zeughaus sind zwischen der Artilleriebesatzung in den innern Räumen desselben und der Kommunalgarde Differenzen entstanden. Nach der Kapitulation sollte das innere Zeughaus neutral bleiben; allein man dringt darauf, daß das Geschütz ausgeliefert werden solle. Die Gerüchte, daß Soldaten ihre Fahnen verlassen haben, sind bis auf einzelne Leute nicht begründet. Um 7 Uhr macht das Militär Bewegungen nach der Altstadt; die Bataillone rücken mit einem dreimaligen Lebehoch auf den König über die Brücke nach der Altstadt. Wegen der Bewegungen des Militärs wird um 9 Uhr wieder Sturm geläutet. Ein Angriff ist noch nicht erfolgt. So eben rückt sämtliche reitende Artillerie unter lebhaftem Hurrah über die Brücke. Gestern und heute haben Hunderte Dresden verlassen. Wer nur immer kann, flüchtet wenigstens aus der Altstadt in die Neustadt.

Nachmittags 2 Uhr.
Um 1 Uhr hat Seiten des Militärs durch das Georgenthor her der Angriff auf der Schloßgasse stattgefunden, nachdem schon den Vormittag auf die Militär die Brühl'sche Terrasse besetzt worden war. Salve um Salve ertönt, das zwischen Geschützdonner und von allen Thürmen der Altstadt Sturmgeläute.

3 Uhr.
Man sagt so eben, daß die erste Barrikade auf der Schloßgasse genommen sey. Hier in der Neustadt spricht man davon, daß sich in den Reihen der Kämpfenden bedenkliche Tendenzen kundgegeben haben sollen. Das Neustädter Rathhaus hält die Kommunalgarde besetzt.

4 Uhr.
Das Militär hat, wie man vernimmt, die wichtigsten Barrikaden und Punkte der Stadt im Sturm genommen. Eine Deputation des Neustädter Kommunalgarden-Bataillons ist jetzt bei dem Kriegsminister, um einen Waffenstillstand zu vermitteln. Der Verlust auf beiden Seiten an Todten und Verwundeten soll nicht so bedeutend seyn, wie anfänglich gesagt worden.

5 Uhr.
So eben wird auf dem Rathhause die Meldung gemacht, daß heute Abend für 1000 Mann Preußen Quartiere beschafft werden müssen.

Proklamation.
An unsere Mitbürger!
Der König von Sachsen hat preussisches Militär herbeikommen lassen, um seinen Eigenwillen dem Willen des Volkes gegenüber durchzusetzen. Das sächsische Volk, welches seine besten Söhne auf die Barrikaden gesandt hat, um für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu kämpfen, und Sachsen insbesondere vor dem unwürdigen Joch eines verrätherischen Sonderbündnisses zu bewahren, wird heute Kunde mit einem Schrei der Entrüstung aufnehmen. Es ist heute mit seltenem Muthe gekämpft worden. Gegen die von außen herbeigeführten Streitkräfte wird der Kampf mit verdoppeltem Muthe fortgesetzt werden. Dank Euch, Ihr Helden der Freiheit! Der Tod für die Freiheit ist schön und der Sieg ist Euer im Leben und Sterben. Kämpft fort, wie Ihr gekämpft habt. Du aber, sächsisches Volk, stehe wie bisher fest zur Sache, die wir führen. Wir wollen die Reichsverfassung und durch die Reichsverfassung die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, das Heil Sachsens, und für Das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode!

Dresden, den 5. Mai 1849, Abends 8 Uhr.
Die provisorische Regierung.
Tschirner. Todt. Heubner.

Die Frankfurter Oberpostamt-Zeitung theilt einen Brief aus Dresden vom 5. Mittags mit, der übrigens nichts wesentlich Neues enthält, und bemerkt dazu:

Auf dem Umschlag des Briefes finden wir noch mit flüchtiger Hand bemerkt: „Der Kampf beginnt, 3 Uhr!“ Und daß der Kampf wirklich begonnen, bestätigt ein Extrablatt der in Leipzig erscheinenden Deutschen Allgemeinen Zeitung, welche Nachrichten aus Dresden vom 5. Mai Abends 10 Uhr mittheilt. Dortigen Angaben zufolge hat das sächsische Militär sämtliche Barrikaden genommen und den Aufstand unter dem Rufe: „es lebe der König!“ besiegt. Eine Proklamation des Stadtraths verkündete den Bewohnern, daß Sonntag den 6. Mai 1000 Mann preussischer Truppen einrücken würden. Demnach waren die Angaben der Berliner Blätter von einem schon am 5. erfolgten Einmarsch, vom Kapituliren der Aufständischen u. zum mindesten voreilig.

Frankfurt, 8. Mai. Die gestern früh hier angelangte Nachricht von dem bereits erfolgten Einrücken preussischer Truppen in Dresden bestätigt sich nicht, wohl aber die Nachricht, daß der Kampf beendet ist. Die sächsischen Truppen selbst haben die Barrikaden genommen, und in Dresden fand kein Widerstand mehr statt.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Mai. Auf der Eisenbahn ist heute ein Bataillon Württemberger aus dem Oberlande hier vorbeigekommen, welches nach Frankfurt bestimmt zu seyn scheint. Aus Mannheim vernimmt man, daß außer bayrischen Truppen auch preussische daselbst durchpassirt sind, welche von Mainz kommend, als Reichstruppen nach Landau gehen. In Landau soll der Kriegszustand verkündet seyn.

Karlsruhe, 8. Mai. Tagesordnung der Zweiten Kammer aus morgen früh 9 Uhr: 1) Berathung über Speyer's Ausschussberichte, die Bier- und Weinsteuer betreffend. 2) Ueber Selzam's Bericht in Betreff der durch die Erste Kammer an dem Gesetzentwurf über Klagen gegen öffentliche Beamte getroffenen Abänderungen. 3) Diskussion über die Abänderungen der Ersten Kammer an einigen das Forstgesetz betreffenden Bestimmungen. 4) Berathung über eine Nachforderung der Regierung wegen der in Kändern und Rheinbischöfheim zu errichtenden Amtsgerichte.

Künftigen Donnerstag soll Häuffer's Ausschussbericht über das Wahlgesetz beraten, und von dort an jeweils auch noch eine Nachmittagsitzung abgehalten werden.

Karlsruhe, 30. April. (105. Sitzung der Ersten Kammer am 27. April, unter dem Vorsitz des Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Markgrafen Wilhelm.)

Die Tagesordnung führt zur Diskussion des von Geh. Rath v. Marschall erstatteten Kommissionsberichtes über den Gesetzentwurf, die außerordentliche Vermögenssteuer betreffend.

Staatsrath Hoffmann: Die Kommission habe in ihrem ersten Bericht unferes bestehenden Steuer-systems lobend, des im vorigen Jahr erlassenen Einkommensteuer-Gesetzes tadelnd erwähnt. Es sey indessen jetzt, da es sich um eine bloß vorübergehende Steuer handle, nicht am Plage, den Kampf über die Ueberwälzungstheorie durchzusetzen. Vor Allem sey es wünschenswerth, daß künftig in ganz Deutschland ein möglichst gleichförmiges Besteuerungssystem bestes. In dem größten deutschen Staat, Preußen, sey ein sehr umfassendes Einkommensteuer-Gesetz angekündigt, das die Wahl- und Schlachtsteuer verdrängen, die Klassensteuer mit einschließen solle. Wenn diese Steuer dort gut aufgenommen werde und sich in der Anwendung bewähre, so werde es rathsam seyn, eine ähnliche Steuer auch bei uns einzuführen. Die Regierung erkenne in den von ihr vorgelegten Abänderungen der früheren Gesetvorlage nicht, wie die Kommission, eine Verbesserung. Dieselbe habe, von vielen Seiten dazu gedrängt, nachzugeben, weil es sich nur um ein vorübergehendes Gesetz handle, und es immer gut sey, den guten Willen der Steuerpflichtigen zu erhalten.

Der Kommission sey noch mancher Tadel gegen das Gesetz übrig geblieben, namentlich in Bezug auf dessen Basis, das System der Fassionen. Er erkenne an, daß für eine bleibende Vermögenssteuer Fassionen ohne die Zulässigkeit einer nachfolgenden Vermögensuntersuchung nicht genügend wären; allein ein Vermögenssteuer- oder Einkommensteuer-Gesetz ohne Fassionen existire nirgends. Wenn nach der Ansicht der Kommission den Schatzungsräthen freie Hand gegeben würde, das Vermögen der einzelnen Steuerpflichtigen zu schätzen, so wäre der Willkühr Thüre und Thor geöffnet, und es würde auf einem Umwege nothwendig zu Dem kommen, was man vermeiden wolle, zu Vermögensuntersuchungen.

Geh. Rath Klüber erkennt in der dem Bürger auferlegten Selbstschätzung einen Eingriff in die persönliche Freiheit, und glaubt, daß dieser Verpflichtung nicht gewissenhaft werde Genüge geleistet werden. Der Umstand, daß die Steuer als eine vorübergehende angekündigt sey, könne ihn nicht beruhigen, denn einmal sey vorauszusetzen, daß dieselbe im nächsten und vielleicht noch in den darauf folgenden Jahren erneuert werde; sodann erschrecke ihn an dem Gesetze ganz besonders die Offenlegung des Vermögens der Bürger; sey diese auch nur einmal erfolgt, so seyen die Nachtheile hievon von langjähriger Nachwirkung.

Geh. Rath v. Marschall: Die Kommission lobe an dem bisher bei uns bestehenden Steuer-system das Prinzip, welches das reine Einkommen dadurch treffen wolle, daß die sichtbaren Einkommensquellen besteuert und zweckmäßige Aufwandssteuern beigefügt werden. In der Ausführung bleibe allerdings Manches zu verbessern übrig. Daß ein möglichst gleichförmiges Steuer-system für ganz Deutschland zu Stande komme, wünsche auch er, aber gerade deshalb, weil man die der Natur der Sache entsprechende Ueberwälzung der Steuern thunlichst befördern müsse. Eine solche

Ueber bei einem großen Steuergebiete durchgreifender ein als bei einem kleinen. Für eine auf Fassionen sich gründende Einkommensteuer sey die Größe des Steuergebiets ziemlich gleichgültig.

Bei dem vorliegenden Gesetz beruhige ihn die Erklärung, daß es ein vorübergehendes, außerordentliches sey, und daß durchgreifende Aenderungen von dem Erfolge der Projekte in Preußen abhängig gemacht werden. Die neuere, den früheren Entwurf abändernde Vorlage habe allerdings das Interesse der einzelnen Steuerpflichtigen nur zum Nachtheil der Gesamtheit berücksichtigen können; es sey aber bei einer vorübergehenden Steuer wichtiger, strenge Vermögensuntersuchungen fern zu halten, als einen etwas höheren Ertrag zu erzielen. Bei dem jetzt gewählten Systeme der Fassionen und der Berechtigung des Steuerpflichtigen, die Gewerbs-, Handels-, und persönlichen Schulden ohne irgend eine Nachweisung vorweg abzuziehen, sey übrigens eine wirksame Kontrolle schlechthin unmöglich, und die Bestimmung sich abzuhängen zu lassen, habe keinen Werth, die Verbindlichkeit daran geknüpft sey, eine zu niedere Abschätzung durch Selbstbekennniß zu berichtigen.

Nachdem noch Staatsrath v. Rüdiger und Ministerialrath Kühnenthal für das Gesetz das Wort ergriffen haben, wird zur speziellen Diskussion übergegangen.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz mit 13 gegen 5 Stimmen angenommen. Gegen dasselbe stimmen Geh. Rath Klüber, Geh. Rath v. Gemmingen, Graf Ragen ed., Geh. Rath v. Andlaw, und Geh. Rath v. Göler.

Der Tagesordnung gemäß wird hierauf die Berathung des von Geh. Rath v. Rüdiger erstatteten Kommissionsberichtes über den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Patronatsrechte betreffend, eröffnet. Der Kommissionsbericht sucht nachzuweisen, daß die Patronatsrechte Kirchenrechte sind, und eine Aenderung in den Patronatsverhältnissen nur durch Ueberenkunft mit der betreffenden Kirche statthaben könne; auch erkenne er den Gegenstand nicht als dringlich an, und enthält am Schluß den Antrag: den Gesetzentwurf bis zur Vereinbarung der Kirchenverhältnisse des Landes vor der Hand auf sich beruhen zu lassen.

Präsident Hüffell erkennt in dem Patronatsrecht ein rein privatrechtliches Verhältniß, welches von dem Rechte der Kollikatur, d. h. der wirklichen Verleihung von Pfünden, wesentlich zu unterscheiden sey. Letzteres sey ein Recht der Bischöfe gewesen, und müsse in Folge des §. 17 der Grundrechte der Kirche wieder zufallen. Er scheidet keinen Grund zum Aufschub und empfiehlt die Annahme des Entwurfs.

Ministerialrath v. Hüßlin entgegnet auf einige Bemerkungen in dem Kommissionsbericht. Er will namentlich den Unterschied zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Patronaten festgehalten wissen. Hinsichtlich der Erhebung müsse man die Gesetgebung für besorgt erachten, deren Aufhebung schlechthin zu verfügen; hinsichtlich der letztern sey der Entwurf von der Ansicht ausgegangen, daß sie, wenn sie durch einen onerosen Vertrag erworben sind, nicht einseitig aufgehoben werden dürfen.

Entschädigungen können natürlich nur gewährt werden, wo ein reeller Schaden nachweisbar zugefügt sey. Es seyen von den Patronen vielfach Lasten als Patronatslasten bezeichnet worden, welche solche nachweislich nicht seyen. Billig sey es, daß die Verhältnisse in ähnlicher Weise geordnet werden, wie es in Bezug auf die Standesherrschaften Fürstentum und Leiningen geschehen sey.

Der Sprecher führt aus, daß eine eigentliche enge Verbindung zwischen diesem Gegenstand und der Regelung der Verhältnisse der Kirche nicht bestehe, mithin der Kommissionsantrag auf einer unrichtigen Voraussetzung beruhe.

Geh. Rath v. Hirschfeld stellt den Antrag auf Annahme des einzigen Paragraphen des Gesetzes mit Befügung eines Nachsatzes, wonach die aufgehobenen Patronatsrechte an die betreffende Kirchengemeinschaft zurückfallen.

Geh. Rath v. Andlaw unterstützt diesen Vorschlag, eventuellen Antrag der Kommission.

Graf v. Ragen ed.: Er sey über seine Abstimmung mit Rath v. Ragen ed. gewesen, als heute. Nachdem dem Andlaw in Folge der grundrechtlichen Bestimmungen alle Vorrechte entzogen worden seyen, habe unsere Regierung noch ein Nachlese gehalten, und wolle nun das einzige Recht, welches durch das in der Nationalversammlung noch vorwaltende Rechtsgefühl unangetastet geblieben sey, das Patronatsrecht, gleichfalls aufheben. Er habe hiefür eigentlich nur zwei Rechtfertigungsgründe gehört: einmal den, daß die Patronate schon einmal (in den Jahren 1813 und 1815) den Berechtigten entzogen worden seyen, mithin denselben wieder entzogen werden können, welche Theorie der Berechtigten nicht ganz entsprechen möchte; sodann den, daß zwei Standesherrn unter ähnlichen Bedingungen, wie die im Entwurf angenommenen, auf ihre Patronatsrechte verzichtet haben, eine Großmuth einzelner Berechtigten könne aber für die übrigen nicht einen Zwang begründen, eben so große Opfer, wie jene, zu bringen.

Ein Irrthum sey es, wenn man das Patronatsrecht als ein bloßes Ehrenrecht ansehe; es bringe kein Geld ein, es sey aber ein Privatrecht, und darum unantastbar, und habe immerhin einen hohen Werth, indem der Berechtigte durch dasselbe in den Stand gesetzt sey, Dienste zu belohnen, und der Gemeinde einen Seelforger zu geben, der ihr in guter Richtung vorstehe, und einen sehr wohlthätigen Einfluß auf dieselbe üben könne. Er selbst habe, wie mehrere seiner Standesgenossen, den Verzicht auf seine Patronatsrechte zu Gunsten des Erzbischoffs angeboten; unter dieser Bedingung werde er mit Vergnügen verzichten, niemals aber zu Gunsten der weltlichen Regierung, die grundgesetzlich auf Patronatsrechte keinen Anspruch mehr habe. Er stimme für den Kommissionsantrag.

Nachdem noch Geh. Rath Klüber gegen das Gesetz gesprochen und der Berichterstatter den Kommissionsantrag verteidigt hat, wird der letztere mit 13 gegen 5 Stimmen angenommen, und hierauf die Sitzung geschlossen.

Heidelberg, 6. Mai. (Frankf. 3.) Gestern Abend nach

10 Uhr wurde zuerst Welcker (welcher gestern hieher gekommen war) und darauf Gerwinus eine Rede mitgebracht. Bei Welcker wurden zugleich die Thüre und die Läden zusammengeschlagen, und bei Gerwinus, an dessen Wohnung keine Läden sind, die Fenster eingeworfen.

Bonn Oberheim, 8. Mai. Nächsten Sonntag soll der Tanz in Offenbürg angehen. Der Landesausschuß der Volksvereine hat eine große Volksversammlung dahin ausgeschrieben, und schon Abends vorher werden sich die Ausschüsse der Volksvereine dort einfinden. Zwar hat unsere Regierung die Reichsverfassung sammt Allem, was dazu gehört, anerkannt, sie steht demgemäß vollkommen auf gesetzlichem Boden; aber — doch was kümmert Das die Herren? Ist nicht das Parlament in Frankfurt vom Landesauschuß der Volksvereine schon längst geächtet worden? Hat nicht der Volksführer die Reichsverfassung als unwirksam des deutschen Volkes erklärt? Und diese Herren nun wollten für die Reichsverfassung gegen die Fürsten auftreten? Und bei uns, in einem Lande, dessen Regierung diese Verfassung unumwunden und vollständig anerkannt hat?

Aber die Zeit scheint günstig zu seyn; die redlichen Anhänger der Ordnung sind theilweise bestürzt und rathlos, und da läßt sich wohl etwas wagen. Jenseits des Rheins, geht das allgemeine Gerücht, sammelt sich allerlei Volk zur „Befreiung“, und diesseits harret man auf das Lösungszeichen. Wie gesagt, das soll in Offenbürg gegeben werden, und daß man Das glaubt, kann ich Sie fest versichern, da die Anhänger jener Partei, die nicht wissen, daß Schweigen Geld ist, es offen aussprechen, in Offenbürg müsse „fertig“ gemacht werden.

Der Boden bei uns ist unterwühlt, und Gesetz und Ordnung stehen auf wankenden Grundlagen; es bedarf nicht übermäßig vielen Anlasses, um Alles in Frage zu stellen. Man muß darum um so mehr von denen, die Recht und Gesetz wollen, erwarten, daß sie dasselbe zu vertheidigen wissen werden; man muß von der Regierung, die auf dem festen Boden des Rechts steht, erwarten, daß sie die öffentliche Ordnung mit kräftiger Hand festhalten werde, da sonst unser Vaterland den entsetzlichen Erschütterungen entgegengehen würde.

Wollen die Volksvereine nur sich für die Reichsverfassung aussprechen, so ist die Versammlung fast unnötig, da die Regierung dieselbe anerkannt hat; nach den Aeußerungen, die man tagtäglich hört, bezwecken sie aber wesentlich Andern.

Freiburg, 7. Mai. (R. Fr. 3.) Erst gegen 8 Uhr Abends ging die heutige Sitzung der Geschworenengerichts-Verhandlungen zu Ende. Nachträglich wurde im Beginn der Sitzung einer der interessantesten Zeugen verhört, Welcker, badiischer Bevollmächtigter bei der provisorischen Zentralgewalt. Er verbreitete sich über seine Privatverhandlungen mit Fickler im März v. J. und über die von diesem ihm eingereichte Denkschrift über das Verlangen, das badiische Volk über die Frage: ob Monarchie, ob Republik? abstimmen zu lassen. Die Aussagen des Zeugen, offenbar mit großer Vorsicht vorgebracht, lassen Fickler in möglichst günstigem Licht erscheinen, und scheiden die besonders gravierenden Umstände, welche von Seiten der Anklage betont werden, so gut es geht, aus. Brentano greift mit Geschick einige Punkte heraus, in denen er nicht die beste Harmonie vermuthet. Sodann erzählt Fickler selbst den Vorgang.

Damit war das Zeugenverhör zu Ende und der Prozeß trat nun in das Stadium der Anklage- und Vertheidigungsreden. Der Staatsanwalt Amann begründet in einem langen Vortrag seine Anklage, und zwar zunächst gegen Bornstedt, dann gegen Fickler, und endlich gegen Krebs und Steinmez. Er geht auf die Geschichte der deutschen demokratischen Gesellschaft und der deutschen Legion zurück, als deren eigentlicher Begründer Bornstedt anzusehen ist, wie dessen Vetheiligung bei dem weiteren Unternehmen dieser die Republikanisierung Deutschlands bezweckenden Freischaren nach, und nimmt den Einfall ins badiische Land, die Wegnahme von Waffen bei Privatden, das Gesetzt bei Dossenbach durch, das der Angeklagte kommandirte.

Von Fickler sucht er nachzuweisen, daß dieser durch seine Briefe, wie durch mündliche Besprechung mit zwei Abgeordneten der Legion, mit dieser in straflichem Verkehr gestanden, sie in ihrem Vorhaben bestärkt, und ihr Rathschläge erteilt habe. Dann habe er auf der Volksversammlung in Alchern das Volk zum Umsturz der Verfassung aufgefordert, und die Unterstützung durch die deutsch-französische Freischaren empfohlen. Endlich begründet er eine Anklage gegen mehrere Artikel der Seeblätter.

Gegen D. Krebs sucht er auszuführen, daß dieser in einer Rede ebenfalls auf der Alchner Volksversammlung mit Hinweisung auf das Beispiel von Frankreich für Einführung der Republik thätig war, dann in Straßburg sich der deutschen Legion angeschlossen, ihren Zug mitmachte, und an dem Gesetze bei Dossenbach Antheil nahm.

Was den Angeklagten Steinmez betrifft, so habe dieser gleichfalls zu Alchern zum Umsturz der Verfassung, Verbreitung der Fürsten, und gewaltsamer Einführung der Republik aufgefordert und dabei einen Degen geschwungen. Dem Staatsanwalt folgten die beiden Angeklagten mit ihren Vertheidigungsreden, zuerst Bornstedt, dann Fickler. Die Fickler'sche Rede dauerte über drei Stunden. In ziemlich populärem Tone gehalten, und reich an persönlichen Aufschlüssen, einzelnen Vorgängen in der Revolutionszeit, charakteristischen Zügen, politischen Erörterungen, nimmt sie trotz ihrer Ausdehnung die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch.

Morgen werden die beiden Angeklagten und sodann die Vertheidiger sprechen. Ob der Prozeß in der morgigen Sitzung zu Ende geht, ist mit Gewißheit noch nicht zu sagen.

Stuttgart, 7. Mai. (D. Volksbl.) Gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr fand auf dem Marktplatz ein Auflauf statt. Ein Obermann (Unteroftizier) brachte ein Hoch auf Pöcker aus; zwei Polizeidiener wollten ihn verhaften,

wurden aber von dem souveränen Volk daran verhindert. Sie holten die Wache. Als diese sechs Mann hoch ankam, erscholl der Ruf: „die Soldaten sollen leben“, und unter Gelächter zogen diese wieder ab.

Eben so fand etwas später auf dem alten Schloßplatz ein Konflikt mit der Schildwache vor dem Pallaste des Prinzen Friedrich statt. Einige Betrunkene wollten wahrscheinlich dem Prinzen, vergessend, daß er nicht hier ist, einen höflichen Besuch abtathen und drängten sich ungestüm vor den Eingang. Die Schildwache fuhr mit gefälltem Bajonett unter sie hinein. Einige Bürger legten sich ins Mittel und standen der Schildwache bei, so daß die Sache schnell und glücklich endigte.

Bamberg, 5. Mai. (B. 3.) Das hier liegende Chevaurlegers-Regiment hat so eben Marschbefehl erhalten. Wahrscheinlich ist es nach der Pfalz bestimmt.

Würzburg, 5. Mai. (R. M. 3.) So eben trifft der Befehl ein, daß zwei Batterien des hiesigen Artillerieregiments sich marschfertig halten sollen.

Speyer, 6. Mai. (Sp. 3.) Der wegen der neuesten Ereignisse in der Pfalz von der provisorischen Zentralgewalt hieher abgesandte Bevollmächtigte, der derzeitige Vizepräsident der Nationalversammlung, Eisenstuck, ist bereits diese Nacht hier eingetroffen und begibt sich heute früh nach Neustadt. Wir hegen die Hoffnung, daß es diesem in jeder Beziehung erprobten, trefflichen, gesinnungstüchtigen Manne gelingen werde (bei einem eben so besonnenen und geseglichen, als festen Benehmen der Pfälzer), eine glückliche Lösung der Dinge, nach den gerechten Erwartungen des pfälzischen Volkes und jedes wahren Deutschen, zu fördern und herbeizuführen.

Frankfurt, 7. Mai. Der Zentralmährverein hat gestern seine erste Sitzung gehalten. Es ist daselbst mit großer Mäßigung zu Werke gegangen worden, und alle Befürchtungen, welche man wegen etwaiger revolutionärer Beschlässe seinerseits und ihrer unmittelbaren Ausführung am hiesigen Orte hatte, haben sich als grundlos erwiesen. Ueberhaupt läßt sich nicht wohl denken, daß man hier eine Schilderhebung versuchen wird; die militärischen Vorkehrungsmaßregeln sind so getroffen, daß ein Erfolg derselben zu den Unwahrscheinlichkeiten, ja Unmöglichkeiten gehört.

Die Homburger Spielpächter haben sich gegen den Beschluß der Reichsversammlung, welcher die Spielbanken aufhebt, widerspenstig erwiesen, und nach dem 1. Mai bis auf den gestrigen Tag ohne weiteres fortfahren lassen. Aus diesem Grunde hat die Zentralgewalt ein österreichisches Infanteriebataillon und eine Schwadron österreichischer Dragoner nach Homburg geschickt, um nöthigenfalls mit Gewalt jenen Beschluß durchzuführen.

Rating, 7. Mai. (D. V. A. 3.) Das zweite Bataillon des 28. preussischen Infanterieregiments, welches sich erst seit 8 Tagen hier befindet, ist so eben vermittlest der Taunus-Eisenbahn von hier über Frankfurt nach Randaun abgegangen.

Schleswig, 2. Mai. (Alt. M.) Heute eingetroffenen Nachrichten zufolge ist die Insel Föhr am 30. v. M. von den Dänen geräumt und die Kommunikation mit dem Festlande wieder hergestellt worden.

Nach dem Erscheinen unserer Kanonenböte in der Baffee ward der Besatzung der Aupenhaf auf der Insel unheimlich; es ward von einem hinter Amrum liegenden dänischen Kriegsschiffe nähere Weisung eingeholt, und als diese eingetroffen, in größter Hast die Einschiffung der Truppen, der Geschütze, und der sie begleitenden Zivilbeamten vorgenommen.

Posen, 29. April. (Konst. 3.) Die Stimmung der Polen ist für uns ein ziemlich untrüglicher Barometer für die Hoffnungen oder Gefahren unserer eigenen Lage. Seit einigen Tagen ist es unverkennbar, daß sie an die Ereignisse in Ungarn weitgreifende Hoffnungen knüpfen. Nicht nur, daß sie ganz allgemein ungarische Hüte tragen, sind sie auch über die Fortschritte der Magyaren auf das genaueste und fast immer schon vor dem Eintreffen der Zeitungen unterrichtet. Nach jeder neuen Siegesnachricht wird ihre Haltung herausfordernder gegen die Deutschen. (Bivat Kossuth!) So ist seit gestern Abend die Nachricht hier, die Ungarn stünden vor, nach Andern sogar in Wien. Nun sey, heißt es weiter, im siegreichen Heer ein Zwiespalt ausgebrochen. Die 20,000 Polen nahmen jetzt die Hilfe der Ungarn zur Injurierung von Galizien in Anspruch; Kosuth aber wolle sich mit der Befreiung Ungarns begnügen.

Wird durch diese letzte Nachricht die Freude der Polen etwas gedämpft, so geschieht Dies in noch viel höherem Grade durch die Ereignisse in Schleswig. An und für sich ist ihnen natürlich jeder Sieg deutscher Waffen ein Greuel; allein zunächst sind es namentlich die Nachrichten über die Posener Landwehr, welche uns beunruhigen. Wir wissen hier durch Privatbriefe unserer Landwehr-Offiziere, daß unsere zum größeren Theile aus Polen bestehenden Bataillone bis zur offenen Gehorsamsverweigerung gelangt sind, daß alle Disziplin völlig aufgelöst ist, und bei der Schwäche der kommandirenden höheren Offiziere lange nicht hat wieder hergestellt werden können. Ja, es ist so weit gekommen, daß die Soldaten erklärt haben, sie würden sich nicht gegen die Dänen schlagen, daß sie sich geweigert haben, weiter zu marschiren, und sogar auf die mehr deutschen Kompagnien, welche, dem Befehle folgend, an ihnen vorbei marschirten, die Gewehre angelegt haben. Wir wissen, daß sie gedroht haben, bei erster Gelegenheit nicht auf die Dänen, sondern auf ihre eigenen Offiziere zu schießen, und es steht außer Zweifel, daß diese Stimmung durch Briefe und sonstige Bearbeitung von hier aus aufgeregt und fortwährend geschürt wird. (Bivat die deutsche Magyarenfreundschaft!)

Wien, 4. Mai. Die gestern verbreitete Nachricht, daß das General-Armeekommando nach Larenburg verlegt sey, war unrichtig; dasselbe befindet sich noch in Dedenburg. Dagegen bestätigt sich, daß Raab geräumt ist; wahrschein-

lich sind bereits die Magyaren daselbst eingerückt. Der Banus hat den selbständigen Oberbefehl über die Südarmerie angetreten; seine Truppenmacht beläuft sich auf etwa 30,000 Mann, erhält aber noch fortwährend weitere Verstärkungen.

In Pesth soll ein weitgehender Terrorismus herrschen. Manche, die sich nicht mehr flüchten konnten, heulen jetzt mit den Wölfen, und tragen größere magyarisches Nationalkostüme, als die Magyaren selber. Wer es unterläßt, wird auf den Straßen angepöbel und mißhandelt; kurz, es herrscht die vollkommenste Freiheit daselbst.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Die Cholera ist wieder im Zunehmen. In den Spitalern allein zählt man im Ganzen bis jetzt 3300 Krankheitsfälle, von denen 1775 tödtlich endeten. Der alte Dupont de l'Eure, den man gestern todt sagte, lebt übrigens noch, und soll sogar auf der Besserung seyn.

Aus Civitavecchia hat man über Toulon Nachricht, daß General Dubinet am 28. gegen Rom aufgebroschen ist. In Civitavecchia lieh er eine Besatzung zurück; ein dort befindliches römisches Bataillon hatte er vorher entlassen.

Vermischte Nachrichten.

Der „Freihafen von Triest“ gibt folgende Uebersicht der verschiedenen Kriegesflotten. England 671 Segelfahrzeuge mit 16,243 Kanonen, 98 Dampfschiffe; Ausland 126 Segelfahrzeuge mit 10,397 Kanonen, 8 Dampfschiffe; Frankreich 348 Segelfahrzeuge mit 8116 Kanonen, 61 Dampfschiffe; Vereinigte Staaten von Nordamerika 59 Segelfahrzeuge mit 7300 Kanonen, 8 Dampfschiffe; Holland 155 Segelfahrzeuge mit 2200 Kanonen, 14 Dampfschiffe; Schweden 458 Segelfahrzeuge mit 2000 Kanonen, 2 Dampfschiffe; Norwegen 198 Segelfahrzeuge mit 340 Kanonen; Türkei 31 Segelfahrzeuge mit 1902 Kanonen; Egypten 20 Segelfahrzeuge mit 1469 Kanonen; Dänemark 119 Segelfahrzeuge mit 1178 Kanonen, 5 Dampfschiffe; Sardinien 28 Segelfahrzeuge; Spanien 22 Segelfahrzeuge; Neapel 20 Segelfahrzeuge; Portugal 18 Segelfahrzeuge, 3 Dampfschiffe; Belgien 14 Segelfahrzeuge.

Frankfurter Kurzzettel. Staatspapiere.

	Frankfurt, 7. Mai.	Pr. Papier.	Geld.
Oesterreich.	Metalliquesobligationen	5	75 ³ / ₄ 75 ¹ / ₂
"	"	4	60 ¹ / ₄ 59 ³ / ₈
"	"	3	44 ¹ / ₂ 43 ³ / ₈
"	Wiener Bankaktien		1159 1155
"	fl. 500 Loose		126 ¹ / ₂ 126
"	fl. 250 Loose von 1839		78 ¹ / ₂ 78
"	Wethmann'sche Obligationen	4	62 ¹ / ₂ —
"	ditto ditto	4 ¹ / ₂	69 ¹ / ₂ —
Preußen.	Preussische Staatsschuldscheine	3 ¹ / ₂	79 ¹ / ₂ —
"	50 Zptr. Prämien-scheine		101 —
Baden.	Obligationen	3 ¹ / ₂	77 76 ¹ / ₂
"	50 fl. Loose vom Jahr 1840		48 47 ³ / ₄
"	35 fl. Loose vom Jahr 1845		28 27 ³ / ₄
Frankfurt.	Obligationen vom Jahr 1839	3 ¹ / ₂	93 92 ¹ / ₂
"	ditto v. J. 1846	3 ¹ / ₂	89 ¹ / ₄ 88 ³ / ₄
"	ditto	3	78 —
"	Taunusaktien à 250 fl. ohne Div.		252 279
Kurpfälzern.	Partialloose à 40 Zptr. Preuß.	27 ¹ / ₂	27 ¹ / ₈
Bayern.	Bankaktien	3	619
"	Obligationen	3 ¹ / ₂	79 ³ / ₄ 79 ¹ / ₈
Darmstadt	Obligationen	4	87 ¹ / ₈ 86 ³ / ₈
"	ditto	3 ¹ / ₂	79 ¹ / ₄ 78 ¹ / ₄
"	Partialloose à fl. 50		71 70 ³ / ₈
"	ditto à fl. 25		22 ¹ / ₂ 22
Rastau.	Obligationen bei Rothschild	3 ¹ / ₂	80 ¹ / ₂ 79 ³ / ₈
"	Partialloose à fl. 25		21 ¹ / ₂ 20 ³ / ₄
Holland.	Integralen	2 ¹ / ₂	49 ¹ / ₂ 49 ¹ / ₂
Wirtemb.	Obligat. b. Rothschild n. Erschein.	4 ¹ / ₂	94 93 ³ / ₄
"	ditto	3 ¹ / ₂	77 76 ³ / ₈
Sardinien.	Partialloose à Fr. 35 b. Gebr. Bethm.		25 ¹ / ₈ 24 ³ / ₈
Spanien.	Espan. Ardoins incl. 15 Coup.	5	— —
"	ditto inländische	3	24 ³ / ₈ 24 ¹ / ₂
Polen.	fl. 300 Loose à 105 fr. pr. Compt.		97 ¹ / ₂ —
"	Obligationen à fl. 500	4	— —
Portugal.	Obligationen in L. St. à fl. 12	3	— —

Wien, 1. Mai. Bei der heute stattgehabten Gewinnziehung der Oesterreich. 500-fl. Loose sind nachstehende Nummern mit folgenden Hauptpreisen herausgekommen, als: Nr. 35,562 mit 200,000 fl., Nr. 45,533 mit 35,000 fl., Nr. 5223 mit 15,000 fl., Nr. 4471 mit 12,000 fl., Nr. 15,873 mit 10,000 fl., Nr. 17,093 mit 7500 fl., Nr. 4472 mit 6000 fl., Nr. 796, 10,657, 27,244, und 32,390, jede mit 5000 fl., Nr. 5932, 17,900, 26,932, 37,682, jede mit 3000 fl., Nr. 32,670, 37,694, 39,392, 45,103, jede mit 2500 fl.

Die Fonds und Eisenbahn-Aktien blieben heute zum Theil etwas höher und zum Theil niedriger, als gestern. Der Umsatz war von keinem Belang.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Am 14., 15. April.	Abends 9 U., Morg. 7 U.	Witt. 2 U.
Zustdruck red. auf 10° R.	27°3.8	27°3.2	27°5.6
Temperatur nach Reaumur	6.7	4.2	8.6
Feuchtigkeit nach Procenten	0.87	0.87	0.61
Wind und Stärke (4=Sturm)	SW	SW	SW
Bewölkung nach Zehnteln	1.0	1.0	0.8
Niederschlag Var. Kub. Zoll.	36.0	68.0	—
Berdünnung Var. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Var. Lin.	3.1	2.6	2.6
14. April.	trüb,	trüb,	trüb.
Therm. min.	3.8	Regen.	Regentropf.
" max.	12.9	Regen.	Nachts
" med.	7.8	Regen.	Regen.

	Am 15., 16. April.		
Zustdruck red. auf 10° R.	27°5.9	27°6.5	27°6.7
Temperatur nach Reaumur	4.8	3.8	8.0
Feuchtigkeit nach Procenten	0.83	0.77	0.57
Wind und Stärke (4=Sturm)	ND	ND	ND
Bewölkung nach Zehnteln	1.0	0.8	0.8
Niederschlag Var. Kub. Zoll.	—	—	—
Berdünnung Var. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Var. Lin.	2.5	2.2	2.3
15. April.	trüb,	trüb.	trüb.
Therm. min.	3.1	Regen.	
" max.	8.7	Regentropfen.	
" med.	5.5		

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesche.

